Peripherie-Stichwort

(Neo-)Extraktivismus

Im Zuge des weltweiten Rohstoffbooms rückt die Frage nach den Chancen und Grenzen rohstoffbasierter Entwicklung verstärkt ins Zentrum entwicklungspolitischer und -theoretischer Debatten. Besonders intensiv und kontrovers wird diese Frage derzeit in Lateinamerika diskutiert. Der Begriff des (Neo-)Extraktivismus dient hier seit Ende der 2000er Jahre zur Analyse und Kritik von Entwicklungswegen, die auf der Produktion, Ausbeutung und dem Export von Rohstoffen und Naturelementen basieren und mit denen das Ziel verfolgt wird, über erhöhte Exporteinnahmen Armut und soziale Ungleichheiten zu reduzieren.

Der Begriff des Extraktivismus leitet sich aus dem Lateinischen *ex-tractum* "das Herausgezogene" ab. Bislang wurde er primär für die Beschreibung von Wirtschaftssektoren und -praktiken verwendet. So spricht etwa die Weltbank in Bezug auf Öl- und Gasförderung sowie Bergbau seit den 1990er Jahren von *extractive industries*. Unter (Neo-)Extraktivismus wird gegenwärtig über konkrete ökonomische Praktiken hinaus ein spezifisches Entwicklungsmodell kritisch diskutiert. Dabei existiert keine Theorie des (Neo-)Extraktivismus. Vielmehr handelt es sich um ein Konzept, in das unterschiedliche entwicklungs- und staatstheoretische Überlegungen Eingang finden (Dependenzansätze, Weltsystemtheorie, kritische Staatstheorie, Imperialismustheorien, Ressourcenfluch-These, Rententheorie, Politische Ökologie).

Der Begriff des (Neo-)Extraktivismus ist eng verknüpft mit der in vielen Ländern Lateinamerikas vorgetragenen Kritik am Wiedererstarken eines exportorientierten, kapitalistisch dominierten Wirtschaftsmodells. Ferner schließt er an sozial-ökologische Konfliktdynamiken um Ressourcennutzung und -ausbeutung sowie die damit verbundenen ökologischen Schäden an. So sind es die gesellschaftspolitischen Konflikte und Auseinandersetzungen, über die der Begriff sozialwissenschaftlich geprägt wurde. Erst mit den Debatten in Lateinamerika erlangte er internationale Aufmerksamkeit und fand Eingang in deutsch- und englischsprachige Publikationen (vgl. Brand & Dietz i.E.; Burchardt u.a. 2013; FDCL & RLS 2012; Gudynas 2011; Svampa 2012).

Zum ersten Mal verwendet wurde der Begriff durch den uruguayischen Sozialwissenschaftler Eduardo Gudynas in einem Buchbeitrag, in dem er Thesen zu den Merkmalen und Herausforderungen eines auf Rohstoffextraktion basierenden Entwicklungsmodells formulierte und hierbei insbesondere jene lateinamerikanischen Länder mit sogenannten "progressiven" Regierungen (u.a. Ecuador, Venezuela, Bolivien) in den Blick nahm (Gudynas 2009).

512 Peripherie-Stichwort

Ausgangspunkt des so umschriebenen neuen Extraktivismus ist ein partieller Bruch mit der neoliberalen Politik einer privatisierten und transnationalen Rohstoffexport-Strategie, die Lateinamerika in der Ära des Washington Consensus prägte und als "klassischer" Extraktivismus bezeichnet wird (Acosta 2011; Gudynas 2011). Zentrale Kennzeichen dieses "klassischen" Extraktivismus sind eine starke Rolle transnationaler Unternehmen bei der Rohstoffausbeutung und Gewinnaneignung sowie eine funktionale Rolle des Staates bei der binnengesellschaftlichen Absicherung dieses Modells. Mit dem Begriff des (Neo-)Extraktivismus wird hingegen ein post-neoliberaler Politikansatz bezeichnet, bei dem Regierungen die Ressourcenaneignung stärker politisch kontrollieren sowie mit den gewonnenen Mehreinnahmen entwicklungsfördernde Strukturen aus- und aufbauen wollen. Dazu dienen ihnen Maßnahmen wie die Verstaatlichung von Unternehmen und partiell der Rohstoffvorkommen, die Neuaushandlungen von Verträgen, die Anhebung von Ausfuhrzöllen und Steuerabgaben usw. Die argentinische Soziologin Maristella Svampa, zeigt in ihren Analysen, dass der (Neo-) Extraktivismus auf ein gesellschaftspolitisches Dispositiv des National-Popularen zurückgreift und es zugleich festigt – also eine Rechtfertigung der Naturausbeutung als Projekt, um nationale Entwicklung, Souveränität und gesellschaftliche Verteilung voranzutreiben (Svampa 2012). Die Notwendigkeit der Rohstoffextraktion wird gesellschaftspolitisch meist mit dem Kampf gegen Armut und soziale Ungleichheit begründet. Hierfür sind staatliche Mehreinnahmen ohne Zweifel unumgänglich, so dass es unter den gegebenen Weltmarktkonstellationen naheliegend scheint, die Ausweitung extraktiver Aktivitäten zu fördern.

Demgegenüber verweisen Kritiker_innen des (Neo-)Extraktivismus auf die Externalisierung der sozialen und ökologischen Kosten dieser Wirtschaftsweise. Kritisiert werden unterschiedliche Praktiken der Extraktion (Bergbau, agrarindustrielle Monokulturen, Öl- und Gasförderung) und damit verbundene territoriale Transformationsprozesse, die in einer Neuordnung von Landschaften, sozialen Verhältnissen und Arbeitsbeziehungen resultieren (s. Ciuffolini & de la Vega in diesem Heft, S. 425ff). Kennzeichen dieser Prozesse sind die Herausbildung von Enklavenökonomien, die Vergabe exklusiver Nutzungsrechte sowie ökologische Zerstörungen (FDCL & RLS 2012). Aber nicht nur Praktiken der Extraktion stehen im Brennpunkt der Kritik, in Frage gestellt wird auch das ihnen zugrunde liegende Entwicklungsmodell und -verständnis: Kritisiert werden der ungebrochene westlich geprägte Fortschrittsglaube der Moderne, das damit verbundene Wachstumsparadigma und ein Verständnis von Natur als auszubeutende

(Neo-)Extraktivismus 513

Ressource, autoritäre und vertikale politische Herrschaftsstrukturen sowie die asymmetrische Weltmarktintegration (vgl. Acosta 2013).

Die Stärke der kritischen lateinamerikanischen Debatte liegt darin, dass sie den (Neo-)Extraktivismus als Entwicklungsmodell begreift, das auf bestimmten sozioökonomischen, politischen und kulturellen Strukturen – inklusive der Integration in den Weltmarkt, Klassenstrukturen und der Ausrichtung staatlicher Politiken – basiert und diese absichert. Darüber hinaus werden die dem Modell zugrunde liegenden Naturverhältnisse sowie die erheblichen sozial-ökologischen Probleme und Konsequenzen eines solchen Modells politisiert. Damit bietet die lateinamerikanische Debatte um (Neo-)Extraktivismus Überschneidungen mit Ansätzen aus dem Feld der Politischen Ökologie (s. Bebbington in diesem Heft, S. 402ff). Denn die Kritik am (Neo-)Extraktivismus ist eng mit einer Kritik an den gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen verbunden, mittels derer sich bestimmte Formen der Naturaneignung und Naturbeherrschung durchsetzen.

Kristina Dietz

Literatur

- Acosta, Alberto (2011): "Extractivismo y neoextractivismo: Dos caras de la misma maldición". In: Lang, Miriam, & Dunia Mokrani (Hg.): *Más Allá del Desarrollo*. Quito, S. 83-118.
- Acosta, Alberto (2013): El Buen Vivir. Sumak Kawsay, una oportunidad para imaginar otro mundo. Barcelona.
- Brand, Ulrich, & Kristina Dietz (i.E.): "(Neo-)Extraktivismus als Entwicklungsoption? Zu den aktuellen Dynamiken und Widersprüchen rohstoffbasierter Entwicklung in Lateinamerika". In: Jakobeit, Cord; Franziska Müller; Elena Sondermann; Ingrid Wehr & Aram Ziai (Hg.): Entwicklungstheorien: weltgesellschaftliche Transformationen, entwicklungspolitische Herausforderungen, theoretische Innovationen. PVS-Sonderheft. Baden-Baden.
- Burchardt, Hans-Jürgen; Kristina Dietz & Rainer Öhlschläger (2013) (Hg.): *Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert. Impulse und Analysen aus Lateinamerika*. Baden-Baden.
- FDCL Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika & RLS Rosa-Luxemburg-Stiftung (2012) (Hg.): *Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika*. Berlin.
- Gudynas, Eduardo (2009): "Diez tesis urgentes sobre el nuevo extractivismo. Contextos y demandas bajo el progresismo sudamericano actual". In: CAAP – Centro Andino de Acción Popular – & CLAES – Centro Latino Americano de Ecología Social (Hg.): Extractivismo, política y sociedad. Quito, S. 187-225.
- Gudynas, Eduardo (2011): "Neo-Extraktivismus und Ausgleichsmechanismen der progressiven südamerikanischen Regierungen". In: *Kurswechsel*, Nr. 3/2011, S. 69-80.
- Svampa, Maristella (2012): "Resource Extractivism and Alternatives: Latin American Perspectives on Development". In: *Journal für Entwicklungspolitik*, Bd. 28, Nr. 3, S. 43-73.